

Für sie
heißt es Reform.

Für dich,
dass Gesundheit,
Pflege und Rente
teurer werden.

KERNBOTSCHAFTEN, FAQs UND ARGUMENTE

Hier findest du folgende hilfreiche Informationen:

1. Kernbotschaften.....	2
2. Allgemein FAQ zu Sozialstaat, Reformen und unserer Grundhaltung.....	3
3. FAQ zu Finanzierung & Gegenfrage „Wer soll das bezahlen?“	4
4. FAQ zu Rente.....	6
5. FAQ zu Gesundheit	8
6. FAQ zu Pflege.....	10
7. FAQ zu Arbeitszeit.....	12
8. Typische Vorwürfe und Gegenargumente.....	13



**FÜR REFORMEN
OHNE KAHLSCHLAG**

DGB

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bayern

1. Kernbotschaften

- 1.1. Der Sozialstaat ist kein Luxus, sondern eine Absicherung gegen Lebensrisiken wie Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit und ein hohes Alter. Er ermöglicht erst echte Freiheit, weil er verhindert, dass Menschen in Armut abrutschen.
- 1.2. Viele „Reformen“ bedeuten in der Praxis: Leistungen werden gekürzt, Eigenanteile steigen, Menschen sollen privat vorsorgen. Damit tragen alle, die keine Spitzenverdiener sind, mehr Risiko.
- 1.3. Kürzungen verschieben lediglich die Kosten: auf Familien, Angehörige, Kommunen und auf Menschen, die es am wenigsten auffangen können.
- 1.4. Rente muss zum Leben reichen. Ein höheres Rentenalter wirkt oft wie eine Kürzung, da viele Berufe körperlich und psychisch nicht „einfach länger“ ausgeübt werden können.
- 1.5. Gesundheit und Pflege sind Daseinsvorsorge und müssen unabhängig vom Einkommen funktionieren. Wenn Geld entscheidet, entsteht Zwei-Klassen-Versorgung.
- 1.6. Pflege darf nicht arm machen. Hohe Eigenanteile und Personalmangel bedeuten: Menschen zahlen drauf, Angehörige springen ein, Beschäftigte brennen aus.
- 1.7. Acht-Stunden-Tage sind ein zentrales Schutzrecht für Beschäftigte. Flexibilität kann sinnvoll sein, aber sie braucht klare Grenzen und Mitbestimmung, sonst führt sie schnell zu einseitigen Belastungen für Arbeitnehmer*innen.
- 1.8. Finanzierung ist machbar, wenn man die Einnahmeseite stärkt (durch gute Löhne, Tarifbindung und stabile Beschäftigung) und die Lasten fair verteilt (indem man sehr große Vermögen und Erbschaften stärker heranzieht).

2. Allgemein FAQ zu Sozialstaat, Reformen und unserer Grundhaltung

2.1. „Ist der Sozialstaat nicht viel zu teuer geworden?“

Antwort: Diese Diagnose ist falsch! Im internationalen Vergleich ist der Sozialstaat in Deutschland keineswegs „fett“. Er liegt im Mittelfeld. Während sich hohe Vermögen und Arbeitgeber per „Reformen“ aus der Verantwortung stehlen wollen, zahlen die arbeitenden Menschen doppelt und dreifach – mit Geld, Zeit und Belastung –, beispielsweise, wenn Angehörige die Pflege auffangen müssen oder eine Krankheit zur finanziellen Krise wird. Ein starker Sozialstaat ist deshalb nicht nur eine Ausgabe, sondern auch ein stabiler Anker für Gesellschaft und Wirtschaft.

2.2. „Was heißt ‚Sozialstaat ist kein Luxus‘ konkret?“

Antwort: Es heißt: Niemand soll wegen normaler Lebensrisiken abstürzen. Wenn eine Pflegebedürftigkeit, ein Jobverlust oder eine schwere Erkrankung direkt die Existenz bedrohen, dann ist das kein individuelles Versagen, sondern ein Zeichen, dass die Absicherung zu schwach ist.

2.3. „Was ist das Problem an ‚mehr Eigenverantwortung‘?“

Antwort: Eigenverantwortung klingt für viele erst einmal positiv. Sie setzt aber voraus, dass Menschen überhaupt die Ressourcen haben, Risiken selbst abzufedern. Dies ist bei abhängig Beschäftigten aber schlicht nicht der Fall. Wenn man den Sozialstaat schwächt, wird aus „Eigenverantwortung“ schnell Zwang und Überforderung: mehr private Vorsorge, mehr Zuzahlungen, mehr Belastungen in Familien.

2.4. „Warum ist das auch ein Demokratie-Thema?“

Antwort: Weil Menschen Vertrauen verlieren, wenn sie erleben, dass die Grundsicherheit bröckelt, Pflegeplätze fehlen, Wartezeiten bei Fachärzt*innen steigen und die Rente nicht reicht. Wer sich nicht geschützt fühlt, wird empfänglicher für „Jeder gegen jeden“. Ein starker Sozialstaat hält die Gesellschaft zusammen.

2.5. „Ist der DGB gegen Reformen?“

Antwort: Nein, wir sind gegen Reformen, die im Kern Abbau und Verschiebepbahnhöfe bedeuten. Reformen sollen Probleme lösen: Versorgung sichern, Pflege bezahlbar

machen, Renten stabilisieren, Arbeitszeiten gesund gestalten. Alles, was nur Risiken nach unten verschiebt, ist keine Reform, sondern eine Verschlechterung.

2.6. „Welche Reformen will der DGB?“

Antwort: Reformen, die Sicherheit und Zugänge verbessern: einfachere Abläufe, mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen, stabile und faire Finanzierung sowie klare Verantwortlichkeiten. Kurz gesagt: Das System muss für die Menschen funktionieren, nicht gegen sie.

2.7. „Warum sagt der DGB: ‚Für sie heißt es Reform. Für dich ...‘?“

Antwort: Weil das Wort „Reform“ oft positiv klingt und die damit verbundenen Veränderungen abstrakt bleiben. Tatsächlich sind die Auswirkungen aber sehr konkret und für Beschäftigte vielfach negativ: weniger Leistungen, höhere Zuzahlungen oder mehr Druck im Alltag. Wir übersetzen die politische Debatte in die Frage: Was bedeutet das für mein Leben, meinen Geldbeutel und meine Sicherheit?

2.8. „Wer ist ‚sie‘ in DGB-Framing?“

Antwort: Damit sind nicht „die da oben“ als pauschale Feindfigur gemeint, sondern jene, die Kosten senken durch Abbau, Risiken privatisieren und Verantwortung individualisieren. Wir sagen: Das ist eine Entscheidung – und sie kann auch anders getroffen werden.

2.9. „Geht es dem DGB um Parteipolitik?“

Antwort: Nein, es geht um konkrete Lebensrealitäten: bezahlbare Pflege, gute Gesundheitsversorgung, sichere Rente und Schutz vor Überlastung. Das sind die Interessen von Beschäftigten – unabhängig davon, wen sie wählen.

3. FAQ zu Finanzierung & Gegenfrage „Wer soll das bezahlen?“

3.1. „Wer soll das alles bezahlen?“

Antwort: Ein starker Sozialstaat ist finanzierbar, wenn Einnahmen stabil sind und Lasten fair verteilt werden. Dafür braucht es gute Löhne und Tarifbindung, damit Beiträge nicht ausbluten, und eine Steuerpolitik, die sehr große Vermögen und Erbschaften stärker in die Verantwortung nimmt. Um es klar zu sagen: Gesamtgesellschaftliche Aufgaben

können nicht wie bisher den Beitragszahlern aufgebrummt werden. Während das Vermögen weniger Menschen immer weiter wächst, ist bei den Beschäftigten die Belastungsgrenze längst erreicht.

3.2. „Warum ist Tarifbindung ein Finanzierungshebel?“

Antwort: Tarifbindung bedeutet in der Regel bessere Löhne, verlässlichere sowie gesündere Arbeitsbedingungen und weniger prekäre Beschäftigung. Das stärkt nicht nur die Kaufkraft, sondern auch die Sozialkassen, weil mehr und stabiler eingezahlt wird.

3.3. „Ist Vermögens-/Erbchaftsbesteuerung nicht Neid?“

Antwort: Es geht nicht um Neid, sondern um Leistungsfähigkeit. Wenn sehr große Vermögen immer weiter ins fast schon Unvorstellbare wachsen, während die allgemeine Daseinsvorsorge gekürzt oder Kosten auf den Einzelnen verlagert werden, entsteht ein großes Ungleichgewicht. Ein fairer Beitrag aus sehr großen Vermögen verteilt Verantwortung gerechter.

3.4. „Trifft das nicht den Mittelstand?“

Antwort: Das ist ein gerne erzähltes Märchen. Das Ziel ist nicht, kleine Betriebe, normale Rücklagen oder ein Eigenheim zu treffen, sondern sehr große Vermögen. Zur Wahrheit gehört auch, dass wir heute faktisch wieder Vermögens- und Machtkonzentrationen wie im Mittelalter erleben. Man kann das Steuersystem so gestalten, dass die breite Mitte und kleine Betriebe nicht belastet werden, aber extreme Vermögen stärker zum Allgemeinwohl beitragen.

3.5. „Sind Leistungskürzungen nicht unvermeidlich wegen der Demografie?“

Antwort: Die Demografie ist ein Faktor unter vielen, aber sie zwingt nicht automatisch zu Kürzungen. Entscheidend ist, wie viele Menschen in Arbeit sind, wie hoch Löhne ausfallen, wie fair Finanzierung organisiert ist und ob man gesunde Beschäftigung und Produktivität stärkt.

3.6. „Warum sagt der DGB: ‚Wer schwächt, spart nicht‘?“

Antwort: Weil Kürzungen oft nur die Kosten verschieben: Wer weniger Pflegeleistungen bekommt, braucht private Hilfe. Wer längere Wartezeiten hat, fällt im Job aus. Wer in der Rente zu wenig hat, braucht Unterstützung anderswo. Das ist nicht „gespart“, sondern nur anders bezahlt.

4. FAQ zu Rente

4.1. „Was sind die Kernpunkte bei der Rente?“

Antwort: Die gesetzliche Rente muss wieder so stabil sein, dass sie nach einem Arbeitsleben ein Leben in Würde ermöglicht. Wenn Menschen trotz jahrzehntelanger Arbeit Angst vor Altersarmut haben, stimmt etwas Grundlegendes nicht.

4.2. „Warum ist der DGB gegen ein höheres Rentenalter?“

Antwort: Die Arbeitswelt ist vielfach weder alters- noch altersgerecht. So ist „längeres Arbeiten“ in vielen Berufen gar nicht realistisch, sei es wegen körperlich schwerer Arbeit, Schichtsystemen oder hoher psychischer Belastung. Ein höheres Rentenalter trifft vor allem diejenigen, die ohnehin die härtesten Bedingungen haben, und wirkt wie eine Kürzung, weil sie es oft nicht bis dahin schaffen. All dies beobachten wir derzeit live beim nach wie vor steigenden Renteneintrittsalter, welches erst 2031 bei 67 Jahren liegt.

4.3. „Was bedeutet ein höheres Rentenalter konkret?“

Antwort: Es bedeutet nicht nur „länger arbeiten“, sondern auch mehr Druck auf die Gesundheit, mehr Unsicherheit bei Erwerbsminderung und für viele eine reale Lücke. Wer nicht mehr kann, bekommt häufig weniger. Das verlagert Risiken vom System auf einzelne Menschen.

4.4. „Was sind die konkreten Lösungsvorschläge?“

Antwort: Wir wollen die Renten so stabilisieren, dass sie die Lebensleistung der Menschen anerkennen. Dazu müssen niedrige Einkommen besser abgesichert und Erwerbsminderung fairer behandelt werden. Gleichzeitig braucht es realistische Übergänge in den Ruhestand, damit Menschen nicht ausbrennen oder in Armut fallen, nur weil sie „nicht mehr durchhalten“.

4.5. „Und wie wird das finanziert?“

Antwort: Durch starke Einnahmen: gute Löhne, mehr Tarifbindung, weniger prekäre Jobs und höhere Beschäftigung. Wer mehr Menschen ordentlich beschäftigt und gut bezahlt, stabilisiert die Rentenkasse wirksamer als Kürzungen über das Rentenalter. Dazu braucht es einen fairen Steueranteil für die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der Rentenkasse.

4.6. „Warum spielt hier auch Gleichstellung eine Rolle?“

Antwort: Gerade Frauen haben häufig niedrige Renten, bedingt durch Teilzeit, Care-Arbeit oder unterbrochene Erwerbsbiografien. Wer die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern will, muss Betreuungs- und Pflegeinfrastruktur ausbauen und den Sozialstaat stärken, nicht absägen. So wird vollzeitnahe Beschäftigung überhaupt erst möglich, ohne dass Familien daran zerbrechen.

4.7. „Warum sollen Selbstständige/Abgeordnete mit einzahlen?“

Antwort: Es ist geradezu grotesk, dass genau jene über die Rente entscheiden, die gar nicht im Solidarsystem sind. Zudem sind viele Selbstständige nur mangelhaft abgesichert und landen später in der Grundsicherung. Die Rente wird stabiler und gerechter, wenn sie breiter finanziert wird. Wenn große Gruppen dauerhaft außen vorbleiben, trägt die Belastung am Ende ein engerer Kreis – und das macht das System anfälliger.

4.8. „Sind Betriebsrenten nicht die Lösung?“

Antwort: Betriebsrenten können eine sinnvolle Ergänzung sein, aber sie ersetzen keine starke gesetzliche Rente. Denn nicht jeder Betrieb bietet gute Modelle und die Sicherheit im Alter darf nicht vom Arbeitgeber oder dem Kapitalmarkt abhängen.

4.9. „Was sage ich, wenn jemand ‚Aktienrente‘ sagt?“

Antwort: Viel Glück! Denn die Geschichte zeigt eines: da kann es schnell auch mal bergab gehen. Die Alterssicherung braucht Verlässlichkeit. Spekulation darf nicht zum Ersatz für Solidarität werden.

4.10. „Warum ist das kein Generationenkonflikt?“

Antwort: Jung gegen Alt hilft niemandem. Dieser angebliche Konflikt wird gezielt geschürt. Die eigentliche Frage ist, ob wir als Gesellschaft eine sichere, auskömmliche Rente garantieren wollen und wie wir das fair finanzieren. Wer heute jung ist, braucht morgen ebenso Stabilität wie die Älteren heute.

5. FAQ zu Gesundheit

5.1. „Was sind die Hauptprobleme in der Gesundheitspolitik?“

Antwort: Die Versorgung gerät zunehmend unter Druck, obwohl der Bedarf wächst, z. B. durch demografischen Wandel, Fachkräftemangel oder steigende Krankheitslast. Gleichzeitig entsteht immer stärker das Gefühl, dass diejenigen, die Geld oder Beziehungen haben, schneller drankommen. Das Zwei-Klassen-System wächst weiter und Renditedruck verschärft die Engpässe, statt sie zu lösen.

5.2. „Was heißt ‚Gesundheit wird zum Luxus‘?“

Antwort: Es heißt: Der Zugang zur Versorgung wird schwieriger – Termine sind knapp, Wartezeiten länger und Wege weiter. Private Zusatzleistungen werden immer wichtiger, um schnell und gut versorgt zu werden. Das ist ungerecht und gefährlich: Gesundheit darf keine Frage des Geldbeutels sein. Gesundheit ist kein Konsumgut, sondern ein Grundrecht.

5.3. „Was fordert der DGB konkret?“

Antwort: Ein solidarisches System, in das alle einzahlen, also eine Bürgerversicherung, damit Versorgung nicht nach Status getrennt wird. Außerdem fordern wir mehr Investitionen in Personal, Ausbildung und Strukturen, damit die Versorgung überall funktioniert.

5.4. „Warum Bürgerversicherung?“

Antwort: Weil ein gemeinsames System fairer ist und Vertrauen stärkt: gleiche Regeln, gleicher Zugang, Behandlung nach medizinischem Bedarf – nicht nach Status. Zwei Systeme (private und gesetzliche Krankenversicherung) spalten, begünstigen Ungleichheiten und verschärfen Engpässe. Das schwächt am Ende die Versorgung für alle.

5.5. „Was sagt der DGB zu Zuzahlungen?“

Antwort: Zuzahlungen können zu echten Hürden werden – besonders für Menschen, die nicht zu den Spitzenverdiener:innen zählen oder an chronischen Erkrankungen leiden. Wer krank ist, braucht Hilfe.

5.6. „Warum darf im Gesundheitssystem keine Profitlogik gelten?“

Das Gesundheitssystem ist Teil der Daseinsvorsorge. Es geht um Versorgungssicherheit, Qualität und gute Arbeitsbedingungen. Wenn wirtschaftlicher Druck zu Personalabbau, hoher Arbeitsverdichtung oder einer reinen Fallzahlenlogik führt, leidet die Behandlungsqualität. Die Folgen tragen Beschäftigte und Patient*innen. Deutschland hat eines der teuersten Gesundheitssysteme, trotzdem liegt die Lebenserwartung nur im Mittelfeld der reichen Länder. Input und Output stimmen für die Versicherten nicht. Es fehlt vielerorts an Personal, Zeit und Qualität in der Versorgung. Das zeigt: Hohe Ausgaben allein reichen nicht, wenn Mittel falsch gesteuert werden. Notwendig sind eine verlässliche Finanzierung und klare Regeln, die sicherstellen, dass Geld in Personal, gute Arbeitsbedingungen und eine bedarfsgerechte Versorgung fließt – nicht in Gewinne.

5.7. „Ist Kritik an der Profitlogik nicht ideologisch?“

Antwort: Es geht nicht um Ideologie, sondern um die Frage, welche Regeln gelten sollen: In der Gesundheitsversorgung müssen Qualität, Sicherheit und Erreichbarkeit im Mittelpunkt stehen – nicht die Rendite. Wenn Gewinnmaximierung die falschen Anreize setzt und die Versorgung verschlechtert, muss die Politik gegensteuern und Gemeinwohlorientierung stärken.

5.8. „Warum fehlen Haus- und Fachärzt*innen am Wohnort?“

Antwort: Weil die Rahmenbedingungen nicht überall stimmen: Arbeitsbelastung, Bürokratie, unattraktive Bedingungen für den Nachwuchs und eine Planung, die den tatsächlichen Bedarf nicht ausreichend abbildet. Besonders im ländlichen Raum und in strukturschwächeren Regionen wird das spürbar, aber auch in bestimmten Stadtvierteln. Das ist ein politisches und strukturelles Problem und kein individuelles Versagen.

5.9. „Gibt es dafür bayerische Fakten?“

Antwort: Ja. In Bayern sind vielerorts Kassensitze nicht besetzt, und die Kassenärztliche Vereinigung weist auf bestehende Versorgungslücken und Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung hin. Das zeigt: Ohne gezieltes Gegensteuern droht die Versorgung vor Ort zunehmend vom Wohnort oder von Zufällen abzuhängen. Gute Versorgung wird somit zur Glückssache.

5.10. „Was sind regionale Versorgungszentren?“

Antwort: Regionale Versorgungszentren bündeln medizinische (und teilweise auch pflegerische) Angebote an einem Ort: Hausärzt*innen, Fachärzt*innen, Pflege, Therapie, Beratung und Prävention arbeiten im Team zusammen. Das kann Wege verkürzen, die Versorgung koordinieren und die Qualität verbessern – besonders dort, wo einzelne Praxen an Grenzen stoßen oder Nachbesetzungen schwierig sind.

6. FAQ zu Pflege

6.1. „Was ist die Kernbotschaft zur Pflege?“

Antwort: Pflege ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss für alle bezahlbar und verlässlich erreichbar sein. Wer pflegebedürftig wird, darf nicht in Armut rutschen oder Angehörige in Überforderung treiben. Ein Sozialstaat muss Sicherheit geben – gerade dann, wenn Menschen Hilfe brauchen. Wer Hilfe braucht, muss sie bekommen – ohne Armutsrisiko.

6.2. „Was läuft aktuell schief?“

Antwort: Es fehlen Pflegeplätze und Pflegekräfte. Die Belastung für die Beschäftigten ist enorm. Die Eigenanteile in der stationären Pflege steigen seit Jahren. Dadurch werden Pflegebedürftige und Angehörige immer stärker belastet – obwohl Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

6.3. „Was sind die Folgen für Betroffene?“

Antwort: Viele müssen ihre Ersparnisse aufbrauchen oder geraten in echte Existenzsorgen. Angehörige reduzieren ihre Arbeitszeit, übernehmen immer mehr Pflegeaufgaben und stoßen selbst an ihre Grenzen. Gleichzeitig verlassen Pflegekräfte den Beruf, weil Arbeitsdruck, Schichtbelastung und Personalmangel sie dauerhaft überfordern. Das verschärft den Mangel weiter – eine Abwärtsspirale.

6.4. „Was fordert der DGB konkret?“

Antwort: Der DGB fordert, dass Pflegebedürftigkeit nicht zur Armutsfalle wird: Die Eigenanteile müssen wirksam begrenzt werden. Gleichzeitig braucht es bessere Arbeitsbedingungen: mehr Personal, faire Bezahlung, verlässliche Dienstpläne, ausreichende Pausen und Zeit für gute Pflege. Qualität entsteht nicht durch Sparprogramme – sondern durch Menschen, die unter guten Bedingungen arbeiten

können. Außerdem muss der Freistaat endlich auch die Investitionskosten bei den Pflegeheimen übernehmen.

6.5. „Was brauchen pflegende Angehörige?“

Antwort: Pflegende Angehörige brauchen echte Entlastung und soziale Absicherung: Familienpflegezeit mit Lohnersatz, gute Beratung, Unterstützung im Alltag sowie Entlastungsangebote vor Ort. Ohne solche Hilfen wird Pflege stillschweigend zum zweiten Vollzeitjob – und das geht auf Kosten von Gesundheit, Einkommen und Familienleben.

6.6. „Warum hängt Pflege so oft am Geldbeutel?“

Antwort: Weil zu viele Kosten bei den Betroffenen selbst landen. Wenn die solidarische Finanzierung nicht ausreichend ist, müssen die Einzelpersonen hohe Eigenanteile tragen – und das kann schnell Existenz bedrohend werden. Pflege darf nicht davon abhängen, ob Menschen Rücklagen haben oder Angehörige alles auffangen können.

6.7. „Gibt es bayerische Zahlen/Beispiele?“

Antwort: Auch in Bayern sind die Eigenanteile hoch und in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. Zuletzt lag die Belastung im ersten Jahr der Pflegebedürftigkeit bei fast 3.200 Euro. Dabei sind regionale Unterschiede spürbar. Das zeigt: Pflege ist kein abstraktes Zukunftsthema, sondern eine konkrete Herausforderung im Alltag vieler Menschen.

6.8. „Was ist das Problem mit Investoren in der Pflege?“

Antwort: Wenn Rendite im Mittelpunkt steht, wächst der Druck, Kosten zu senken – häufig bei Personal, Zeit und Qualität. Aber Pflege ist kein normaler Markt: Es geht um Würde, Sicherheit und menschliche Zuwendung. Deshalb braucht Pflege klare Regeln, Transparenz und eine Ausrichtung am Gemeinwohl statt an Gewinninteressen.

6.9. „Wie löst man Pflege vor Ort, nicht nur ‚im System‘?“

Antwort: Pflege braucht eine verlässliche Infrastruktur in den Regionen: Kurzzeitpflege, Tagespflege, ambulante Dienste, gute Beratung und Angebote, die Pflegebedürftige und Angehörige entlasten. Versorgung muss planbar sein und darf nicht vom Zufall oder vom Wohnort abhängen.

6.10. „Was antworte ich auf: ‚Dann sollen die Familien halt mehr übernehmen‘?“

Antwort: Familien übernehmen schon heute den größten Teil der Pflege – oft zusätzlich zu Beruf, Kindern und eigener Belastung. Der größte Pflegedienst in Deutschland ist die Familie: 86 Prozent der Pflegebedürftigen (4,9 Millionen) wurden Ende 2023 zuhause versorgt – die meisten von ihnen (3,1 Millionen) in der Regel allein durch Angehörige.

7. FAQ zu Arbeitszeit

7.1. „Was wird gerade politisch diskutiert?“

Antwort: Es geht darum, das Arbeitszeitgesetz zu lockern und statt einer klaren Tagesgrenze stärker auf Wochenarbeitszeiten zu setzen. Das klingt nach Flexibilität, kann aber bedeuten, dass sehr lange Arbeitstage leichter möglich werden, ohne echten Schutz.

7.2. „Warum ist das gefährlich?“

Antwort: Weil die Tagesgrenze einen Gesundheitsschutz darstellt. Wenn Arbeitstage regelmäßig sehr lang werden, häufen sich Fehler, die Belastung steigt und noch mehr krankheitsbedingte Ausfälle sind die Folge. In der Praxis liegt die Kontrolle darüber häufig nicht bei den Beschäftigten.

7.3. „Die sagen doch: mehr Flexibilität für Familien?“

Antwort: Flexibilität kann helfen – aber nur, wenn sie für beide Seiten gilt. In vielen Betrieben heißt es eher: „Du bist verfügbar, wenn es mir passt“, statt: „Du bestimmst mit.“ Familienfreundlich ist Planbarkeit, nicht Unberechenbarkeit.

7.4. „Was ist die Forderung des DGB?“

Antwort: Der Acht-Stunden-Tag bleibt als Schutzrahmen bestehen. Wo mehr Flexibilität sinnvoll ist, muss sie über Tarifverträge und Mitbestimmung geregelt werden, damit Beschäftigte echte Kontrolle und Ausgleich haben.

7.5. „Geht Flexibilität heute nicht schon?“

Antwort: Doch, es gibt bereits Spielräume. Der Punkt ist jedoch: Flexibilität braucht Grenzen, sonst kippt sie in Entgrenzung. Wenn Regeln fallen, ist das Risiko groß, dass Mehrarbeit zur Normalität wird, ohne dass jemand wirklich „frei wählen“ kann.

7.6. „Warum ist das ohne Tarifvertrag besonders kritisch?“

Antwort: Weil Tarifverträge oft erst die Mechanismen schaffen, die Flexibilität fair machen: Ausgleich, Zuschläge, Mitbestimmung, Schutz vor Druck. Wo das fehlt, bleibt das Gesetz als letzte Schutzlinie. Und genau diese würde geschwächt.

7.7. „Was ist mit dem Gesundheitsschutz?“

Antwort: Lange Arbeitstage erhöhen den Stress und reduzieren die Erholung. Das wirkt sich nicht nur individuell, sondern auch betriebswirtschaftlich aus: Es gibt mehr Krankheitsausfälle, mehr Fehler und mehr Fluktuation. Schutzregeln sind deshalb kein „Hindernis“, sondern Teil guter Arbeit.

7.8. „Was antworte ich auf: ‚Wir arbeiten zu wenig?‘“

Antwort: Da wird doch mit Halbwahrheiten Politik gemacht. Vollzeitbeschäftigte arbeiten bereits heute viel und lang. Oft leisten sie Überstunden, die nicht mal erfasst und bezahlt werden. Das Problem ist selten „zu wenig Arbeit“, sondern oft zu viel Druck bei zu wenig Personal. Eine Verlängerung der Arbeitszeit löst weder den Personalmangel, noch verbessert sie die Produktivität nachhaltig. Sie verschiebt nur die Belastung und macht krank.

7.9. „Wie passt Kinderbetreuung/Pflege da rein?“

Antwort: Vereinbarkeit entsteht durch verlässliche Zeitfenster und Infrastruktur, nicht durch längere Arbeitstage. Wer mehr arbeiten will, braucht Betreuungs- und Pflegeangebote, planbare Schichten und echte Mitbestimmung.

8. Typische Vorwürfe und Gegenargumente

8.1. „Der Sozialstaat ist eine soziale Hängematte.“

Gegenargument: Wir Gewerkschaften wollen kein bedingungsloses Grundeinkommen, sondern ein leistungsfähiges Hilfesystem, welches Arbeitslosigkeit absichert, das Existenzminimum sicherstellt und neue Chancen etwa durch Qualifizierung eröffnet. Die Sanktionsquote im SGB II (Grundsicherung) liegt bei unter einem Prozent. Aus Einzelfällen wird die soziale Hängematte konstruiert. Ein funktionierender Sozialstaat ist

keine Belohnung fürs Nichtstun, sondern eine Absicherung gegen Risiken, die niemand planen kann.

8.2. „Wer arbeiten will, findet Arbeit. Der Rest ist bequem.“

Gegenargument: Da hilft der Blick auf den Arbeitsmarkt. Aktuell gibt es mehr als 300.000 Arbeitslose in Bayern, bei knapp 100.000 offenen Stellen. Über erforderliche Qualifikationen haben wir noch nicht gesprochen. Aus dem Tellerwäscher wird nicht über Nacht der Raketeningenieur. Diese Sichtweise blendet zudem aus, dass viele Probleme nicht auf Faulheit, sondern auf Krankheit, Pflegeverantwortung, Strukturwandel oder psychische Belastung zurückzuführen sind. Ein System, das Menschen in solchen Situationen fallenlässt, wird nicht „effizienter“, sondern härter und instabiler.

8.3. „Kürzungen motivieren Menschen.“

Gegenargument: Die Forschung zeigt, dass die Wirkung von Sanktionen begrenzt ist, vielfach sind sie sogar kontraproduktiv. Kürzungen motivieren nicht. Sie erhöhen Stress und Unsicherheit.

8.4. „Private Vorsorge ist doch effizienter.“

Gegenargument: Private Vorsorge hängt vom Einkommen ab. Wer nicht zu den Spitzenverdiener*innen zählt, Kinder versorgt, Pflegeverantwortung trägt, kann nicht „einfach mehr privat versorgen“. Wenn Sicherheit vom Geldbeutel abhängt, entsteht ein gespaltenes Land – und das ist alles andere als effizient.

8.5. „Wer mehr will, soll privat zahlen.“

Gegenargument: Bei Gesundheit und Pflege geht es nicht um „mehr Komfort“, sondern um medizinische Notwendigkeit und eine würdevolle Versorgung. Wenn man das privat regelt, bekommt am Ende derjenige schnellere und bessere Hilfe, der zahlen kann. Das widerspricht dem Grundprinzip der Daseinsvorsorge.

8.6. „Wenn wir nicht länger arbeiten, bricht die Wirtschaft ein.“

Gegenargument: Vollzeitbeschäftigte arbeiten bereits heute viel und lange. Oft sogar mit Überstunden, die nicht mal erfasst, geschweige denn vergütet werden. Mehr Stunden bedeuten nicht automatisch mehr Leistung. Es gehört zum arbeitsmedizinischen Allgemeinwissen, dass bei überlangem Arbeiten die Gesundheitsgefahr steigt, die Qualität sinkt, es zu mehr Fehlern kommt und Menschen ausfallen. Die Wirtschaft

braucht Produktivität und Fachkräfte – und die gewinnt man mit guten Bedingungen, nicht mit Überlastung.

8.7. „Eine Wochenarbeitszeit statt einer Tagesgrenze hilft doch.“

Gegenargument: Dort, wo Beschäftigte wirklich mitbestimmen können, und ein Ausgleich gesichert ist, gibt es vielfältigste Modelle, um betriebliche wie individuelle Flexibilität sicherzustellen. Ohne starke Regeln und Mitbestimmung werden daraus jedoch schnell überlange Tage, unplanbare Schichten und weniger Schutz. Deshalb braucht es Tarifbindung und klare Grenzen.

8.8. „Rente geht nur mit höherem Rentenalter.“

Gegenargument: Das ist eine politische Behauptung, keine Naturgesetzlichkeit. Wer die Einnahmen stabilisiert, gute Beschäftigung schafft und die Finanzierung fair organisiert, kann die Renten sichern, ja sogar stärken, ohne dass Menschen noch länger arbeiten zu lassen.

8.9. „Die Bürgerversicherung ist Planwirtschaft.“

Gegenargument: Bürgerversicherung heißt vor allem: gleiche Regeln und Zugang nach medizinischem Bedarf. Das ist keine Planwirtschaft, sondern ein Solidarprinzip, so wie bei der Feuerwehr oder der Schule: Es funktioniert besser, wenn alle dabei sind.